

KOALITIONSVERHANDLUNGEN BERLIN

KITAGIPFEL EINBERUFEN UND HOCHWERTIGE KINDERTAGESBETREUUNG DURCH FREIE TRÄGER SICHERN

Stand: 15.03.2023

Der Kitabesuch hat erhebliche langfristige positive Folgen für die Fähigkeiten und Potentiale sowie das Wohlergehen der Kinder. Frühkindliche Bildungen legt den Grundstein für mehr Chancengleichheit, ganz besonders für Kinder aus einem bildungsfernen Umfeld. Die positiven Effekte frühkindlicher Förderung reichen bis ins Erwachsenenalter. Der Kitabesuch steigert die Chancen auf ein höheres Bildungsniveau und die Erfolge auf dem Arbeitsmarkt des Einzelnen.

Der frühkindlichen Bildung wird jedoch von Politik und Öffentlichkeit im Vergleich mit anderen Bildungseinrichtungen nur ein geringer Stellenwert beigemessen. Dabei legt gerade die Zeit in der Kita die Basis für den späteren Erfolg in der Schule.

Es sind vor allem die freien Kita-Träger, die sich in der frühkindlichen Bildung inhaltlich-pädagogisch besonders engagieren: Sie sind es, die neue Konzepte entwickeln und mit vielen innovativen Ideen zur Weiterentwicklung der Frühpädagogik beitragen. Die freien Träger betreiben aktuell 80 Prozent der Kitaplätze in Berlin und stemmen zudem einen Großteil des Kitaplatzausbaus.

Im Bereich der Kindertagesbetreuung gibt es zahlreiche Herausforderungen, denen in den letzten Jahren nicht der gebührende Stellenwert beigemessen wurde, deren Lösung aber dringend angegangen werden muss. Die Berliner Kita-Krise verfestigt sich in zentralen Feldern: von einer Fehlplanung beim Kitaplatzausbau, über die unzureichende Finanzierung sowie Ungleichbehandlung von freien Trägern und Eigenbetrieben, bis hin zu Versäumnissen bei der Sicherstellung von Qualität und der Bekämpfung des Fachkräftemangels.

Die Berliner Kitas stehen vor immensen Herausforderungen. **Ein Weiter so kann es nicht geben**, wenn die Stadt ihren Anspruch an Qualität in der frühkindlichen Bildung ernst nimmt.

Der Deutsche Kitaverband setzt sich für eine hochwertige Kindertagesbetreuung unter adäquaten politischen Rahmenbedingungen für die freien Kita-Träger ein und formuliert konkrete Erwartungen an die zukünftigen Regierungsparteien in Berlin.

[Der Deutsche Kitaverband fordert den neuen Senat auf, einen Kita-Gipfel für Berlin einzuberufen und mit Kita-Trägern, pädagogischen Fachkräften und Eltern zügig zu konstruktiven Lösungen zu kommen. Die sozialunternehmerischen freien Kita-Träger müssen am politischen Dialog zur Lösung der Kita-Krise aktiv beteiligt werden.](#)

KITA-AUSBAU AN REALISTISCHE PROGNOSEN ANPASSEN

Der Kitaplatzausbau wird auch in den kommenden Jahren zur Absicherung des Rechtsanspruchs auf einen Kitaplatz vorrangige Aufgabe von Senatsverwaltung und Trägern bleiben.

Das Forschungsinstitut für Bildungs- und Sozialökonomie FiBS kommt in einer aktuellen Studie zu der Überzeugung, dass die Prognosezahlen des Senats zu niedrig angesetzt sind und erwartet bis 2030 ein Wachstum mit bis zu 253.000 Kindern in der Altersgruppe 0-5 Jahre (Policy paper: Eckpunkte eines Masterplans für die Kindertagesbetreuung bis 2030, Januar 2023). Entsprechend rechnet das Institut mit einem **Bedarf von 215.000 bis 230.000 Kitaplätzen bis 2030**. Die laut FiBS notwendige Platzzahl liegt um 15.000 Plätze höher als der im KEP ermittelte Bedarf¹ und um rund 23.000 Plätze höher als die aktuell genehmigten Plätze (bzw. sogar um rund 33.000 höher als die aktuell belegbaren Plätze).

Verwaltung und Kita-Träger brauchen belastbare Zahlen, um frühzeitig den Bedarf an Kitaplätzen zu erkennen und bei sich abzeichnenden Lücken rechtzeitig gegenzusteuern. Nur so kann eine hohe Teilhabe an frühkindlicher Bildung gewährleistet werden.

[Die SenBJF muss für die Berechnung der Kita-Entwicklungsplanung unterschiedliche wissenschaftliche Perspektiven einbeziehen, realistische](#)

¹ Der KEP (2020) errechnete einen Bedarf von 200.600 Kitaplätzen bis zum Jahr 2026.

Annahmen zu gewandelten Bedarfen für die Entwicklungsplanung treffen und den langfristigen Platzbedarf bis 2030/2040 berücksichtigen.

AUSBAU MIT LANDESMITTELN SICHERN

Um neue Plätze zu schaffen, sollen im Jahr 2023 rund 30 Mio. Euro und für das Jahr 2024 rund 41 Mio. Euro zur Verfügung stehen. (KEP-Bericht, 2022) Das Land Berlin sieht einen Zuschuss in Maximalhöhe von 30.000 Euro pro Platz vor. Ein neuer Kitaplatz eines freien Trägers kostet aktuell rund 40.000 Euro. Damit könnten die freien Träger aus Landesmitteln lediglich 1.000 bis 1.300 neue Plätze pro Jahr schaffen.

Für Sanierungsmaßnahmen und den Erhalt von Kita-Plätzen sind im Doppelhaushalt 2022/23 außerdem rund 9,2 Mio. Euro vorgesehen. Damit sollen 2.250 Kita-Plätze in 2022 bzw. rund 2.330 Plätze in 2023 saniert werden, ausgehend von 2.000 Euro Erhaltungskosten pro Platz. Wie man so bis 2026 bzw. 2030 die laut KEP fehlenden 18.000 Plätze (bzw. 33.000 Plätze nach FiBS-Prognose) erreichen will bleibt fraglich.

Aktuell sind im Bundeshaushalt bis 2023 keine Mittel für ein neues Investitionsprogramm Kita-Ausbau vorgesehen. Die Landesregierung kann sich daher nicht auf eine Finanzplanung mithilfe von Bundesmitteln

verlassen und muss den Kitaplatzausbau aus eigenen Mitteln finanzieren, um den Bedarf in der Stadt zu decken.

Die neue Landesregierung muss die finanziellen Mittel zum Kitaplatzausbau seriös kalkulieren und ausreichend Mittel aus dem Landeshaushalt zur Verfügung stellen.

KITA-AUSBAU MIT POLITISCHEN MASSNAHMEN FLANKIEREN

Die freien Träger wollen ihrer Aufgabe nachkommen und genügend Kitaplätze für alle Berliner Kinder zur Verfügung stellen. Sie brauchen jedoch geeignete Maßnahmen und Planungssicherheit:

Es müssen **einheitliche Fördersummen bei Kita-Neubauten** für freie Träger und Eigenbetriebe unter Berücksichtigung der aktuellen Preisentwicklung angesetzt werden.

Die **Einrichtung einer zentralen überbezirklichen Servicestelle** für die Einreichung von Bauanträgen ausschließlich für Kita-Neubauten und bauantragspflichtige Sanierungsmaßnahmen vereinfacht die verwaltungsinterne Koordinierung der beteiligten bezirklichen Verwaltungen. Ziel ist es, durch eine **Entbürokratisierung** zu schnelleren Bearbeitungszeiten zu kommen.

In der Planung von Bauprojekten müssen Kita- und Schulbauten bereits mitgedacht werden. Das Land Berlin muss die Träger durch die Bereitstellung geeigneter Baugrundstücke unterstützen. **Wohnungsbau-**

www.deutscher-kitaverband.de

Träger müssen mit Kita-Trägern zusammenarbeiten, damit die Kita-Neubauten den tatsächlichen Anforderungen entsprechen.

Der neue Senat muss den freien Kita-Trägern eine ausreichende Finanzierung, weniger Bürokratie und mehr Verantwortung für einen schnellen Ausbau von Kitaplätzen ermöglichen.

GLEICHBERECHTIGTE VERTRETUNG UND BETEILIGUNG FÜR ALLE TRÄGERGRUPPEN

Formal sind die freien Träger den öffentlichen Trägern gleichgestellt – gleichwohl gestaltet sich die Realität für die Arbeit der freien Träger erheblich schwieriger als die der öffentlichen Träger. Die sozialunternehmerischen freien Träger brauchen eine gleichberechtigte Vertretung und Beteiligung an der politischen Entscheidungsfindung.

Die freien Träger bzw. ihre Verbände müssen vom Senat vorab in Entscheidungsprozesse einbezogen werden. **Der Landesrahmenvertrag (RV-Tag)** muss mit allen Trägergruppen verhandelt werden.

Darüber hinaus braucht es Bürokratieabbau, insbesondere bei der **schnelleren Anerkennung** als freier unabhängiger Träger und bei der Gemeinnützigkeit.

Alle Gruppen freier Träger und ihre Interessenvertretungen müssen in Fachgremien und in Gremien der Politik auf allen Ebenen gehört werden: in Jugendhilfeausschüssen, in der zuständigen Senatsverwaltung und in den Ausschüssen auf Landes- und Bezirksebene.

FINANZIERUNGSSTRUKTUR ANPASSEN

Die Kitabetreuung gehört zu den Pflichtaufgaben des Landes Berlin. 20 Prozent der Plätze deckt es mit eigenen Kitas ab, 80 Prozent werden von freien Trägern realisiert. Freie Kitaträger übernehmen hier eine staatliche Pflichtaufgabe, für die deshalb keine eigenen finanziellen Mittel gefordert werden sollten. Die Träger sind Dienstleistungserbringer, vergleichbar mit Auftragnehmern anderer Branchen, z.B. Pflegebranche.

Für die Leistung der Kindertagesbetreuung müssen die **Sach- und Personalkosten für alle Träger- und Trägergruppen vollständig** durch öffentliche Zuschüsse gedeckt werden. Wenn sich das Land dazu nicht in der Lage sieht, müssten die zusätzlichen Leistungen der Träger durch **zusätzliche Eltern- oder sonstige Beiträge** finanziert werden können.

Der turnusmäßige Ausgleich der Unterfinanzierung im Sachkostenbereich (20 bis 30 Prozent unter den tatsächlich anfallenden Kosten) wird bisher nur in kleinen Schritten von 1 bis 2 Prozent pro Jahr vollzogen. Hier sind ambitioniertere **Anpassungsschritte der Sachkosten** von mindestens 10 bis 15 Prozent pro Jahr erforderlich. Nach Ausgleich des alten Finanzierungsdefizits ist eine erneute **Gestehungskostenanalyse** notwendig.

Der Landesverband Berlin forderte angesichts von Inflation und steigenden Kosten bereits im Mai 2022 eine Notfallzulage und die Anhebung der Sachkosten entsprechend des aktuellen Preisniveaus über die reguläre Anpassung hinaus.

www.deutscher-kitaverband.de

Die Höhe der tatsächlichen Kosten muss **regelmäßig evaluiert** und ggf. angepasst werden, damit die erstatteten Kosten auch den realen Kosten entsprechen. Der Deutsche Kitaverband schlägt vor, dass in Zeiten von Inflationsraten von deutlich mehr als 6 Prozent die Anpassung der Kostenblätter nicht mehr jährlich, sondern **halbjährlich** und bei Inflationsraten jenseits der 10 Prozent **quartalsweise** erfolgen sollte.

Kitas in Mietobjekten stehen aufgrund der Mietpreisexplosion in Berlin vor immensen Herausforderungen. Nicht selten müssen freie Träger ihre Räume aufgeben, weil die hohen Mietforderungen nicht mehr gezahlt werden können. Ein massiver Verlust von Kitaplätzen in der Innenstadt droht. Kitas in Mietobjekten oder von Objekten im Eigentum der Träger müssen mit einem **monatlichen Raumkostenzuschuss** (Miete, Erwerbskosten) von 10 Euro/m² unterstützt werden. Das deckt nicht die realen Kosten, ist aber als erster Schritt hilfreich, um überfordernde Belastungen abzufangen.

Die Eigenbetriebe werden bei auftretenden Defiziten aufgrund nicht ausreichender oder überhaupt nicht im Kostenblatt enthaltener Positionen einseitig bevorzugt. Sie nutzen Zuschusstitel und erhalten damit zusätzliche Mittel. Die **Zuführung von Zuschusstiteln** sollte im Sinne der Gleichbehandlung als Grundlage für eine Nachanpassung aller Träger genutzt oder für alle Träger gestrichen werden.

Die einseitige außertarifliche **Hauptstadt-Zulage** von 150 Euro monatlich für die Erzieher*innen im öffentlichen Dienst benachteiligt die Beschäftigten freier Träger unverhältnismäßig. Die Mitarbeiter*innen der freien Träger erbringen die gleiche Leistung wie landeseigene Angestellte

zur Erfüllung des Rechtsanspruchs auf einen Kitaplatz: Die Hauptstadt-Zulage muss im Rahmen der Kostenerstattung für Personalkosten für alle Träger bezahlt werden.

Die freien Kita-Träger brauchen eine auskömmliche Finanzierung von Personal- und Sachkosten und eine finanzielle Gleichstellung mit den Eigenbetrieben.

FACHKRÄFTEMANGEL: NEUE WEGE ERÖFFNEN

Der Fachkräftemangel ist aktuell einer der wichtigsten Gründe weshalb die Kita-Träger ihre Kapazitäten nicht ausschöpfen können und die Zahl der genehmigten Plätze von der tatsächlichen Anzahl abweicht. Angesichts der Notwendigkeit des Platzausbaus, des Rechtsanspruchs auf den Ganzttag und einer bevorstehenden Verrentungswelle, fehlen in Berlin bis zu 28.000 Fachkräfte. Die Personalfrage ist eine Schlüsselfrage der Qualität von frühkindlicher Bildung. Daher setzt sich der Deutsche Kitaverband nachhaltig für eine Lösung des Fachkräftemangels beim Bund und in den Ländern ein. Klar ist, dass all diese Maßnahmen nicht mit Qualitätseinbußen einhergehen dürfen.

Um dem Fachkräftemangel zu begegnen und gleichzeitig einem modernen Ansatz der frühkindlichen Bildung, Betreuung und Erziehung (FBBE) gerecht zu werden, fordert der Deutsche Kitaverband den Wechsel hin zu **multiprofessionellen Teams** aus pädagogisch (weiter)qualifizierte Direkteinsteiger*innen, Akademiker*innen, Unterstützungs- sowie

Verwaltungskräften. Die **tarifliche Eingruppierung** muss entsprechend den unterschiedlichen Qualifikationsniveaus diversifiziert werden.

Zweitens braucht es eine **Fachkraftquote** innerhalb des Mindestpersonalschlüssels. Der Deutsche Kitaverband empfiehlt eine Verteilung von 50 Prozent pädagogischen Fachkräften, 10 Prozent pädagogischen Akademiker*innen, 10 Prozent Quereinsteiger*innen, 20 Prozent Pädagog*innen in Ausbildung sowie 10 Prozent Unterstützungskräften. Die konkrete Zusammensetzung der Teams muss in der Verantwortung des Trägers liegen.

Zur **Anerkennung ausländischer Fachkräfte** fordern wir eine Vereinfachung des Prozesses, die unbürokratische Anerkennung vergleichbarer europäischer Studiengänge und ein Aufenthaltsrecht ausländischer Fachkräfte.

Der Stellenwert der Kleinkindpädagogik muss erhöht, das Image des Erzieherberufs erheblich verbessert werden. Dies muss insbesondere über eine **Verbesserung der Arbeitsbedingungen und der Bezahlung für die Erzieher*innen** geschehen.

Die neue Landesregierung muss sich für die vollständige Finanzierung von multiprofessionellen Teams und Verwaltungskräften sowie eine unbürokratische Anerkennung ausländischer Fachkräfte einsetzen.

AUSBILDUNG VERBESSERN

Die duale Ausbildung in Berlin ist bundesweit Vorreiter, jetzt gilt es sie zu optimieren: Der praktische Teil der Ausbildung ist für die Träger aufwändig. Die **Anrechnung der berufsbegleitenden Auszubildenden** auf den Personalschlüssel ab dem ersten Tag belastet die Fachkräfte mehrfach: Die Studierenden brauchen eine intensive fachliche Begleitung durch erfahrene Erzieher*innen und sind nicht an allen Tagen einsatzfähig.

Daher sollten Auszubildene für die ersten zwei Jahre nicht auf den Personalschlüssel angerechnet werden. Auszubildene und Quereinsteiger*innen sollten erst ab dem zweiten Jahr zu 40 Prozent auf den Personalschlüssel angerechnet werden. Hieraus ergäbe sich je nach Ressourcen der Träger die Möglichkeit, dass gleichzeitig mehrere Auszubildende in einem Gruppenbereich tätig sein und fachliche Anleitung erhalten könnten.

Um die praxisintegrierte Ausbildung zu stärken, sollten Fachkräfte und Einrichtungen spezifisch qualifiziert werden, bspw. mit einer Funktionsstelle **Praxismentor*innen**.

Direktstudent*innen sollten den Ausbildungsberufen gleichgestellt werden, um eine Finanzierung der Ausbildungszeit außerhalb des Bafög zu ermöglichen.

Die Anleitung von Auszubildenden und Quereinsteigern muss für die Kita-Teams ohne Mehrbelastung möglich sein. Einrichtungen müssen gestärkt und Studierende unterstützt werden.

www.deutscher-kitaverband.de

FACHSCHULEN BEFÄHIGEN

Der Ausbau der Fachschulkapazitäten in Berlin ist ausschließlich den freien Trägern zu verdanken. Drei Viertel der Auszubildenden studieren an Fachschulen in privater Trägerschaft. Die Ausbildungszahlen der öffentlichen Schulen sind seit 2017 kontinuierlich rückläufig. Die berufsbegleitende Ausbildung ist deutlich stärker nachgefragt als die Vollzeitausbildung oder ein Direktstudium.

Dem müssen die öffentlichen Fachschulen Rechnung tragen und ihre Ausbildung auf das **Modell der praxisintegrierten Ausbildung** umstellen.

Bei steigenden Auszubildendenzahlen müssen entsprechend auch **Lehrerstellen an den Fachschulen** geschaffen werden. Um die theoretischen Inhalte praxistauglich zu halten, sollten die Curricula gemeinsam mit den ausbildenden Unternehmen und den Fachschulen entwickelt werden. Bisher werden die Kita-Träger an der **Entwicklung von Lerninhalten** nicht beteiligt.

Die Fachschulen müssen ihre Kapazitäten ausbauen, Curricula müssen in Zusammenarbeit mit Fachschulen und Trägern aktualisiert werden.

VERBESSERUNG DER QUALITÄT: GUTE STARTCHANCEN SICHERN

Die Qualitätsentwicklung in den Kitas ist für die Träger ganz entscheidend, zahlreiche Träger zeigen innovative Arbeit mit einem modernen und fundierten Verständnis von frühkindlicher Bildung. Der Deutsche Kitaverband fordert, dass in der Kinder- und Jugendhilfe der Qualitätsentwicklung in den Kitas höchste Priorität eingeräumt wird.

Zentral für eine gute Qualität in der Kindertagesbetreuung sind der **Personalschlüssel und eine angemessene Größe der Gruppen**. Der Personal-Kind-Schlüssel darf nicht den Zwängen des Fachkräftemangels geopfert werden.

Eine gute Kinderbetreuung zeichnet sich nicht nur durch die unmittelbare pädagogische Arbeit mit den Kindern aus. Genauso wichtig ist **die Stärkung der konzeptionellen Arbeit** von Kita-Träger und -Leitung, **Vor- und Nachbereitungszeiten** für die Erzieher*innen sowie der professionelle Austausch und **Beratung der Fachkräfte**.

Die Kita-Leitungen brauchen im Personalschlüssel berücksichtigte angemessene Zeitkontingente für Leitungsaufgaben wie Personalführung, konzeptionelle Arbeit, Elternarbeit und allgemeine Managementaufgaben.

SPRACHFÖRDERUNG

Das Auslaufen des Bundesprogramm „Sprach-Kitas: Weil Sprache der Schlüssel zur Welt ist“ zu Mitte 2023 reißt eine Lücke in die sprachpädagogischen Integrationsbemühungen der Kitas. Der Berliner Senat will das Programm aus den Mitteln des Kita-Qualitätsgesetzes weiter finanzieren, kündigte aber eine Kürzung an anderer Stelle an.

Die sprachliche Integration darf nicht zu Lasten anderer Maßnahmen fortgeführt werden und muss aus Landesmitteln finanziert werden.

DIGITALISIERUNG: KITA-TEAMS UNTERSTÜTZEN

Die Digitalisierung muss Einzug in die Kitas halten, um die mittelbare pädagogische Arbeit und die Verwaltungsarbeit effektiver zu gestalten, die Zusammenarbeit mit den Familien auf den aktuellen medialen Stand zu bringen sowie die Vernetzung mit anderen Trägern und Organisationen zu befördern. Digitale Medien können außerdem ein wichtiger Baustein für die pädagogische Arbeit sein. Die Kita-Träger benötigen einen **Digitalpakt Kita: eine Anschubfinanzierung**, um eine angemessene IT-Infrastruktur aufzubauen und eine Grundqualifizierung für einzelne Pädagog*innen pro Einrichtung (**Digitalisierungs-Botschafter*innen**) zu erreichen.

Die Zuschüsse der Sachkosten für Digitalisierung müssen erhöht werden und es muss eine Diskussion um einen wirklichen Digitalpakt Kita gestartet werden.

FORDERUNGEN DES DEUTSCHEN KITAVERBANDS

Kita-Gipfel für Berlin mit Kita-Trägern, pädagogischen Fachkräften und Eltern

Kitaplatzausbau

- Unterschiedliche wissenschaftliche Perspektiven zur Berechnung der Bevölkerungsentwicklung einbeziehen
- Langfristigen Platzbedarf bis 2030/2040 berücksichtigen
- Finanzielle Mittel aus dem Landeshaushalt zur Verfügung stellen
- Einheitliche Fördersummen bei Kita-Neubauten
- Einrichtung einer zentralen überbezirklichen Servicestelle für Bauanträge
- Bereitstellung geeigneter Baugrundstücke, Wohnungsbau-Träger mit Kita-Trägern zusammenbringen

Gleichbehandlung

- Gleichberechtigte Beteiligung freier sozialunternehmerischer Träger an der politischen Entscheidungsfindung
- Landesrahmenvertrag (RV-Tag) mit allen Trägergruppen verhandeln
- Unbürokratische Anerkennung als freier Träger und der Gemeinnützigkeit

Finanzierung

- Sach- und Personalkosten für alle Träger- und Trägergruppen vollständig durch öffentliche Zuschüsse decken
- Möglichkeiten schaffen zusätzliche Leistungen durch Eltern- oder sonstige Beiträge zu finanzieren
- Neue Gestehungskostenanalyse

- Regelmäßige Evaluation sowie Anpassung der tatsächlichen Kosten
- Raumkostenzuschuss für Kitas in Mietobjekten
- Zuführung von Zuschusstiteln für alle Träger
- Hauptstadt-Zulage für alle Träger

Fachkräfte

- Multiprofessionelle Teams fördern
- Verwaltungsfachkräfte einsetzen
- Tarifliche Eingruppierung an Qualifikationsniveau orientieren
- Fachkraftquote innerhalb eines Mindestpersonalschlüssels
- Anerkennung ausländischer Fachkräfte vereinfachen

Ausbildung

- Auszubildende für die ersten zwei Jahre nicht auf den Personalschlüssel anrechnen
- Funktionsstelle Praxismentor*innen schaffen
- Direktstudent*innen mit Ausbildungsberufen gleichstellen
- Praxisintegrierte Ausbildung an allen Fachschulen ermöglichen
- Lehrerstellen an den Fachschulen schaffen
- Curricula in Kooperation mit den Trägern aktualisieren

Qualität

- Angepasster Personalschlüssel und Größe der Gruppen
- Angemessene Zeitkontingente für Leitungsaufgaben
- Sprachförderung aus Landesmitteln finanzieren
- Digitalpakt Kita: Anschubfinanzierung für Kita-Einrichtungen

Kontakt

Deutscher Kitaverband – Bundesverband freier unabhängiger Träger von
Kindertagesstätten e.V.

Französische Straße 12, 10117 Berlin

Claudia Geisler, Leiterin Hauptstadtbüro

Telefon +49 30 20 188 334, +49 172 300 6596

claudia.geisler@deutscher-kitaverband.de

<https://twitter.com/DKitaverband>